



Briefpostanschrift: Stadtverwaltung Dezernat 07, 40200 Düsseldorf

**Allgemeinverfügung
zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Virus SARS-
CoV-2 (sog. »Corona-Virus«) vom 21.02.2022
hier: Zusätzliche Schutzmaßnahmen für bestimmte Bereiche des
Stadtgebiets (Az. 07-32/1 Corona 25)**

Nach § 7 Abs. 2a der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 in Verbindung mit §§ 28 Abs. 1 Satz 1 und § 28a Abs. 1 Nr. 2a, 3 i. V. m. Abs. 8 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG) wird angeordnet:

1. Das in der Anlage zu dieser Verfügung durch fett schwarze, unterbrochene Umrandung gekennzeichnete Gebiet wird als Bereich mit zusätzlichen Schutzmaßnahmen im Sinne von § 7 Abs. 2a CoronaSchVO ausgewiesen.
Die Anlage ist Bestandteil dieser Verfügung.
Die Anordnung in Satz 1 gilt für den Zeitraum von Donnerstag, 24. Februar 2022 (Altweiber) 8:00 Uhr bis Dienstag, 1. März 2022 5:00 Uhr(Veilchendienstag).
2. Für die Königsallee im Bereich zwischen Graf-Adolf-Straße im Süden und Elberfelder Straße und Einmündung Schadowplatz im Norden gilt am Sonntag, 27. Februar 2022 im Zeitraum von 9:00 Uhr bis 22:00 Uhr.
3. Diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 41 Abs. 3 und 4 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen öffentlich bekannt gemacht und gilt mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gegeben.

Nachrichtlicher Hinweis

Nur nachrichtlich zum besseren Verständnis dieses Bescheides werden die wesentlichen Inhalte des in Bezug § 7 Abs. 2a der Coronaschutzverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen wiedergegeben:

In dem in Ziffer 1 ausgewiesenen Bereich (Altstadt) »gelten dann in dem in Satz 1 genannten Zeitraum folgende abweichende Regelungen:

1. Das Verweilen im Freien im öffentlichen Raum zum Zwecke eines geselligen Zusammentreffens, zum Konsumieren von Speisen und Getränken oder zur Brauchtumpflege ist nur unter den Voraussetzungen von § 4 Absatz 3 [nur immunisierte Personen mit negativem Testnachweis, sofern keine wirksame Auffrischungsimpfung vorliegt] gestattet; [...]

2. [...]

3. Die Ausnahme des § 4 Absatz 3 Satz 2 [CoronaSchVO] (Wegfall der zusätzlichen Testpflicht bei Auffrischungsimpfung und vergleichbaren Fällen) gilt in Innenräumen im öffentlichen Raum nicht für private Feiern mit Tanz sowie Karnevalsveranstaltungen und vergleichbare Brauchtumsveranstaltungen nach § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 6 [CoronaSchVO].

4. Die Ausnahme des § 4 Absatz 3 Satz 2 [CoronaSchVO] (Wegfall der zusätzlichen Testpflicht bei Auffrischungsimpfung und vergleichbaren Fällen) gilt nicht für gastronomische Einrichtungen, soweit es sich bei diesen nicht um reine Speiselokale handelt, die auch als solche genutzt werden.«

Sachverhalt

Die SARS-CoV-2 Pandemie erfordert unverändert besondere Anstrengungen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens und zum Schutz des öffentlichen Gesundheitswesens. Die bundes- und landesweite Lage wird als allgemein bekannt vorausgesetzt.

Im Zuge der öffentlichen Diskussion um eine Lockerung der Schutzmaßnahmen vor dem Hintergrund eines weiter steigenden Anteils vollständig geimpfter Personen incl. solcher mit Auffrischungsimpfungen steigt aktuell die Erwartung und Wunsch und Bereitschaft in der Bevölkerung, sich an verschiedensten Formen von Karnevalsveranstaltungen zu beteiligen. Gleichzeitig waren es gerade Karnevalsveranstaltungen, die zu Beginn der Pandemie als Superspreader-Events auffällig wurden und zur Verbreitung des Virus in Nordrhein-Westfalen beigetragen haben. Nicht zuletzt dieses Erkenntnis hat die Landesregierung bewogen, für die anstehenden Karnevalstage besondere Vorschriften in die Coronaschutzverordnung aufzunehmen.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf als Stadt mit einer starken und tief verwurzelten Karnevalstradition, die bundesweite Beachtung findet, sieht sich daher vor der Herausforderung, dass zwar die zentralen Veranstaltungen bis hin zum Rosenmontagszug abgesagt bzw. auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden, dass aber dennoch zu befürchten ist, dass in einem nicht unerheblichen Umfang sowohl eigene Bürgerinnen und Bürger

als auch Personen aus dem näheren und weiteren Umland dennoch über die Karnevalstage in Düsseldorf feiern möchten, ohne die sonst übliche Infrastruktur und Veranstaltungskonzeption vorzufinden.

Nach derzeitigem Stand der Erkenntnisse ist nicht auszuschließen, dass diese Personen nicht nur die gewerblich organisierten Veranstaltungen aufsuchen werden, sondern ggf. auch im Freien und mehr oder minder selbst organisiert feiern wollen. Diese Tendenz könnte sich durch die üblicherweise knapp regulierten und meist nur im Vorverkauf erhältlichen Kartenkontingente der Betriebe einerseits und die Sorge vor höheren Infektionsgefahren in Innenräumen und einem so motivierten Ausweichen ins Freie andererseits noch verstärken.

Begründung zu 1:

Für die Anordnung von Schutzmaßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten nach dem Infektionsschutzgesetz bin ich als örtliche Ordnungsbehörde gem. § 6 Abs. 1 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen sachlich und örtlich zuständig.

Zum Erlass dieser Verfügung bin ich gem. §§ 7 Abs. 2a i. V. m. 28 Abs. 1 S. 1, § 28a IfSG in der derzeit geltenden Fassung berechtigt.

Eine epidemische Lage von nationaler Tragweite ist derzeit nicht festgestellt. Indes hat der Landtag Nordrhein-Westfalen durch Beschluss vom 1. Dezember 2021 die Anwendbarkeit der Absätze 1 bis 6 des § 28a des Infektionsschutzgesetzes festgestellt (GVBl. Nr. 81a vom 1.12.2021, Seite 1248a).

Ein Einvernehmen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist gem. § 7 Abs. 2a letzter Satz nicht erforderlich.

In dem im Tenor zu 1 beschriebenen Bereich sind für die Karnevalstage erhöhte Infektionsrisiken durch das brauchtumsbedingte Zusammentreffen einer Vielzahl von Menschen zu erwarten.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist über die im Tenor genannten Karnevalstage mit einem erheblichen Besucheraufkommen in der Düsseldorfer Altstadt, wie sie Gegenstand dieser Verfügung ist, zu rechnen.

Diese Prognose speist sich zunächst aus den Erfahrungen aus der Zeit vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Insoweit wird auf die Ausführungen in der – unabhängig vom Infektionsgeschehen aus Gründen der allgemeinen Gefahrenabwehr erlassenen Allgemeinverfügung zum sog. Glasverbot vom 4. Dezember 2021 verwiesen (URL: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/bekanntmachungen/2021/21_12/Allgemeinverfuegungen/2021-10-28_Allgemeinverfuegung_Glasverbot_web_bf.pdf).

Gegenüber diesen Erwartungen ist zwar zunächst eine gewisse Verringerung des Besucheraufkommens aufgrund der Absage der zentralen Karnevalsveranstaltungen unter freiem Himmel bis hin zum Rosenmontagszug zu berücksichtigen.

Dieser Tendenz wirkt allerdings entgegen, dass andere Städte in der näheren und weiteren Umgebung ihrerseits eigene Veranstaltungen abgesagt haben. Aufgrund dieses Umstandes ist zu erwarten, dass an den Karnevalstagen Teile des interessierten Publikums, die bislang Karnevalsveranstaltungen in unmittelbarer Nähe zu ihren Wohnorten besucht haben, nunmehr die Landeshauptstadt aufsuchen werden in der Hoffnung, dass es zumindest dort Karnevalsveranstaltungen geben wird. Diese Hoffnung wird zusätzlich genährt durch die vom Land missverständlich gewählte Bezeichnung der hier herangezogenen Ermächtigungsgrundlage in § 7 Abs. 2a CoronaSchVO als »gesicherte Brauchtumszone«. Dieser Sprachgebrauch dürfte bei einer nicht unerheblichen Zahl interessierter Personen den Eindruck erweckt haben, in derartigen Zonen ließe sich unbeschwert und unbeschränkt Karneval feiern.

Verstärkend wird auch die öffentliche und politische Diskussion um mögliche Lockerungen der derzeit geltenden Schutzmaßnahmen, auch soweit sie sich auf Termine beziehen, die deutlich nach Karneval liegen: Diese Kommunikation erweckt bereits jetzt in der Allgemeinheit den Eindruck einer sich verringern Gefahr und einer sinkenden Bedeutung der Schutzmaßnahmen und führt nach den Erfahrungen in dieser Pandemie zu einer Erosion in der Befolgung.

Nicht zu übersehen ist auch, dass Karnevalsveranstaltungen nach den derzeit geltenden Vorschriften im Freien wie auch in Innenräumen in nennenswertem Umfang grundsätzlich zulässig sind, während sie im Jahr 2021 vollständig untersagt waren. Dieser Umstand lässt Nachholbedürfnisse bei einem interessierten Publikum erwarten, so dass anzunehmen ist, dass es in diesem Jahr zu mehr oder minder organisierten Zusammenreffen einer Vielzahl von Menschen in der Altstadt von Düsseldorf kommen wird.

Das Risiko für eine Infektion mit dem Coronavirus ist in einer solchen Lage gegenüber dem Alltag stark erhöht. Ausgelassene Fröhlichkeit, das gemeinsame Feiern auch mit Fremden, Singen und Schunkeln ebenso wie eine freundlich-kritische Haltung gegenüber allzu weitgehenden hoheitlichen Ansprüchen gehören zum Kernthema des rheinischen Karnevals, aus diesem Grund korrelierte in früheren Jahren auch der Anstieg der Influenza-Infektionen, die auf vergleichbarem Weg übertragen werden, regelmäßig mit den Karnevalstagen.

Im Zusammenhang mit alkoholbedingter Enthemmung ist zugleich damit zu rechnen, dass die geltenden Maßnahmen des Infektionsschutzes von den Einzelpersonen zunehmend missachtet werden. Eine Durchsetzung dieser Verpflichtungen durch Betriebsinhaber (in Innenräumen) bzw. Kräfte von Ordnungsamt und Polizei (auf öffentlichen Verkehrsflächen) wird aufgrund der zu erwartenden Massenhaftigkeit allenfalls punktuell realisierbar sein und aufgrund der beschriebenen Enthemmung auch nur eine geringere präventive Wirkung im unmittelbaren Umfeld entfalten.

Gleichzeitig stellen mögliche massenhafte Infektionen mit dem Virus auch nach Einschätzung meiner unteren Gesundheitsbehörde unverändert eine Gefahr für Leben und Gesundheit des einzelnen wie auch für die Funktionsfähigkeit des lokalen und überregionalen Gesundheitswesens dar, auch wenn sich einige Tendenzen der derzeitigen bundesweiten Infektionswelle seit einigen Tagen abschwächen: Zum jetzigen Stand (18. Februar 2022) ist in Düsseldorf eine 7-Tages-Inzidenz von 1.230 zu verzeichnen. In Nordrhein-Westfalen und restlichen Bundesgebiet liegt die 7-Tages-Inzidenz bei ca. 1.350. Zudem stellen die aktuellen Werte für Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik im Vergleich zu vorherigen Covid-19-Wellen nach wie vor Extremwerte dar.

Da der erwartete Besucherkreis nicht nur aus der Stadt selbst, sondern zu einem hohen Anteil aus dem näheren und weiteren Umland und der gesamten Region stammt, ist hier auch die überregionale Inzidenz für die Bewertung des Infektionsgeschehens ausschlaggebend.

Die Hospitalisierungszahlen bewegen sich in Düsseldorf und den umliegenden Kommunen bezüglich der Intensivkapazitäten auf einem sehr hohen Niveau. Derzeit verzeichnet Düsseldorf eine 98%ige Auslastung mit 168 belegten und vier freien Intensivbetten. Als sehr angespannt ist die Lage auf den Normalstationen einzuschätzen, wo derzeit 304 Personen mit SARS-CoV-2 untergebracht sind. Die Normalstationen sind zu 93% ausgelastet, 210 Betten sind derzeit frei. Vor zwei Wochen waren lediglich 269 Personen mit SARS-CoV-2-Nachweis in den Düsseldorfer Kliniken hospitalisiert. Erfahrungsgemäß besteht ein Verzug von 1-2 Wochen in Bezug auf die Transition von Normal- auf Intensivstation, es ist daher auch bei sinkenden Infektionszahlen mittelfristig mit weiter steigenden Zahlen auf den Intensivstationen zu rechnen. Hinzu kommen vermehrte isolations-/quarantänebedingte Personalausfälle, die die klinische Versorgung zusätzlich kompromittieren. Die Lage zum Stand dieser Informationen (18. Februar 2022) ist aus Sicht der Krankenhäuser angespannter als jemals zuvor seit Beginn der Pandemie.

Die aktuellen Modellierungen des Robert Koch-Instituts prognostizieren den Höhepunkt der Pandemie - Neuinfektionen, Hospitalisierungen und Intensivbettenbelegungen - für Mitte/Ende Februar. Eine durchschnittliche intensivmedizinische Betreuung dauert nicht selten mehrere Wochen. Die Vergangenheit hat zudem gezeigt, dass der Karneval mit einem Anstieg sowohl der Influenza-, als auch der SARS-CoV-2-Fallzahlen korreliert.

Im Rahmen des mir eingeräumten Ermessens habe ich mich daher in Abwägung der diversen widerstreitenden Interessen (Allgemeine Handlungsfreiheit, Gewerbefreiheit einerseits und Schutz von Leben und Gesundheit des Einzelnen und der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitswesens andererseits) zum Erlass dieser Ordnungsverfügung entschlossen. Sie dient dazu, speziell für jene Personen, die sich zum Zwecke des geselligen Beisammenseins anlässlich der Karnevalstage zusammenfinden, ein gegenüber den allgemeinen Anforderungen der Coronaschutzverordnung erhöhtes Schutzniveau hinsichtlich ihres individuellen Schutzes vor einer Infektion mit schwerem Verlauf einerseits und einer ggf. unbemerkten eigenen Infektion mit Möglichkeit einer Weiterverbreitung des Virus andererseits zu erreichen.

Bereits die Coronaschutzverordnung beschränkt die zusätzlichen Schutzmaßnahmen auf jenen Personenkreis, der im Geltungsbereich den als unter Infektionsschutzaspekten problematisch eingeschätzten Tätigkeiten tatsächlich nachgeht bzw. nachgehen will. Für Anwohner oder Passanten, die sich an Feierlichkeiten nicht beteiligen, sondern den Bereich lediglich passieren oder zu anderen Zwecken aufsuchen, gelten im öffentlichen Raum keine zusätzlichen Beschränkungen.

Begründung zu 2:

Die Königsallee war vor Ausbruch der Corona-Pandemie am Karnevalssonntag üblicherweise Veranstaltungsort des sog. Kö-Treibens, eines bunten, unorganisierten Aufzugs einzelner kostümierter Gruppen insbesondere von Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürgern, die über die Straße flanieren und/oder sich am Straßenrand mit anderen unterhielten. Getränke und auch Musikbeschallung wurden in nicht unerheblichem Umfang von den Teilnehmern selbst – z.B. auf Handwagen – mitgebracht.

Eine dahinterstehende zentrale Organisation war für Teilnehmer nur in Form der aufgestellten Verpflegungsstände sowie der Sperrung der Königsallee für den Straßenverkehr wahrnehmbar.

Für dieses Jahr ist die entsprechende Veranstaltung abgesagt, es wurden auch keine Sondernutzungserlaubnisse, etwa für Speisen- und Getränkeangebote erteilt, auch eine Sperrung für den Straßenverkehr ist nicht vorgesehen.

Trotzdem ist ein hohes Besucherkommen im ungefähren Zeitraum des Kö-Treibens früherer Jahre nicht mit der notwendigen Sicherheit auszuschließen. Innerhalb dieses Zeitraumes sind auch für die Königsallee die oben beschriebenen hohen Personenzahlen und Infektionsrisiken zu befürchten. Im Rahmen des mir eingeräumten Ermessens habe ich mich daher hier zur Anordnung der im Tenor genannten einzelnen zusätzlichen Schutzmaßnahmen entschlossen. Hier reicht indes nach meiner Einschätzung die Einbeziehung in die erhöhten Infektionsschutzanforderungen im Freien aus. Eine Einbeziehung in den Geltungsbereich des Bereichs mit besonderen Schutzmaßnahmen i. S. v. § 7 Abs. 2a S. 1 CoronaSchVO ist nicht angezeigt, da die auf der Königsallee ansässigen Gastronomiebetriebe üblicherweise nicht im nennenswerten Umfang am Karnevalsgeschehen in Gestalt des sog. Kneipenkarnevals beteiligt sind.

Das oben beschriebene Szenario betrifft nur den Karnevalssonntag in dem im Tenor benannten zeitlichen Umfang und auch nicht das Feiern in Gaststätten o. ä.

Begründung zu 3:

Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt gem. § 9 Abs. 1 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf durch Veröffentlichung im Internet unter <https://www.duesseldorf.de/bekanntmachungen/>.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf) zu erheben.

Hinweis:

Dieser Verwaltungsakt ist kraft Gesetzes sofort zu vollziehen. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung (§ 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG).

Düsseldorf, 21. Februar 2022

In Vertretung



Christian Zaum
Beigeordneter

Anlage: Kartographische Darstellung des Geltungsbereiches

